

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale fassen Parolen zu den Abstimmungen, u.a. ein einstimmiges Ja zur Senkung der Unternehmensgewinnsteuer
Für Rückfragen	David Wüest-Rudin, Präsident, Grossrat, Tel. 079 517 21 17 Nadine Lienhard, Vizepräsidentin, Tel. 079 760 19 03
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt, Tel. 061 683 25 80, Postfach, 4015 Basel bs@grunliberale.ch www.bs.grunliberale.ch
Datum	10. Mai 2012

Die Grünliberalen Basel-Stadt haben am Dienstag, 8. Mai 2012, ihre dritte Mitgliederversammlung in diesem Jahr abgehalten. An dieser haben die Grünliberalen die Parolen zum Abstimmungstermin vom 17. Juni 2012 gefasst. Klar Ja sagen die Grünliberalen zur Senkung der Unternehmensgewinnsteuer, eindeutig Nein zu den Initiativen „Staatsverträge vors Volk“ und der Bausparinitiative. Ein Nein ergab es ebenfalls für die „Managed Care“ Vorlage.

Die kantonale Vorlage der Senkung der Unternehmensgewinnsteuer erbrachte eine ganz klare und deutliche Haltung der Grünliberalen – einstimmig wurde die Vorlage unterstützt, die Grünliberalen sagen also absolut klar Ja zur Senkung der Unternehmensgewinnsteuer. Die Senkung ist notwendig, um den Standort Basel attraktiv zu halten, sie ist moderat und sie ist angesichts der Überschüsse in der Staatsrechnung in den letzten Jahren von im Schnitt etwa 100 Mio. pro Jahr mehr als nur verkraftbar. Die Parteiführung teilte an der Versammlung mit, dass der Präsident der Grünliberalen, David Wüest-Rudin, im Co-Präsidium des Ja-Komitees Einsitz genommen hat und die Änderung des Steuergesetzes aktiv unterstützt.

Sehr kontrovers ging es bei einer der nationalen Vorlagen zur Sache. Die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung („Managed Care Vorlage“) wurde von der Parteiversammlung nach einer intensiven Diskussion mehrheitlich abgelehnt. Der Grünliberale Nationalrat Thomas Weibel, der der Versammlung die Vorlage erläuterte, konnte die Mitglieder nicht überzeugen. Der Nutzen wurde von einer Mehrheit nicht gesehen oder in Frage gestellt und dass die Versicherten mit höheren Maximalselbstbehalten in Netzwerke gedrängt werden sollen, wurde als nicht erstrebenswert empfunden.

Im Weiteren hatten sowohl die AUNS-Initiative „Staatsverträge vors Volk“ wie auch die Bausparinitiative des HEV keine Chance. Jeweils einstimmig bei einer Enthaltung wurden die zwei Initiativen mit einem Nein versehen und abgelehnt.